Bezugspreis
für Halle vierteljährlich bei zweimaliger Zustellung 2,50 Mk., durch die Post 2,25 Mk., ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Quellenangabe „Saale-Ztg." gestattet.

Fernsprecher der Schriftleitung Nr. 1140; der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der Abonnements-Abteilung Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen
werden die 6 gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in unseren Annahmestellen und allen Anzeigen-Geschäften angenommen. Reklamen die Zeile 75 Pfg. für Halle, auswärts 1 Mk.

Erscheint täglich zweimal. Sonntags und Montags einmal.

Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17. Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Nr. 5. **Halle, Sonntag, den 4. Januar** **1914.**

Die Kanzlerkandidaten.

L. L. Obwohl Herr v. Bethmann Hollweg im Reichstage am zweiten Tage der Zabern-Debatte erklärte: Ich habe mein Entlassungsgesuch nicht eingereicht und werde es nicht einreichen, so wollen doch die Gerüchte nicht verstummen, daß wir in der Zeit einer latenten Kanzlerkrise leben. Offiziös ist bisher auch nicht den Nachrichten widersprochen worden, daß der Kanzler in nächster Zeit nach dem Abschluß der deutsch-englischen Verständigung sich ins Privatleben zurückzuziehen gedenkt. Die Nachricht wird im Gegenteil von dem Organe des Herrn Bassermann erneut kolportiert, und auch von anderer Seite glaubt man, daß die Kulissenarbeit der Konservativen früher oder später doch ihr Ziel erreichen wird.

In den Zeiten politischer Krisen ist noch immer auch die Frage erörtert worden, wer des Kanzlers Nachfolger werden würde. Aus der Tatsache, daß zur letzten Hofjagd bei Oranienburg neben dem Kanzler von Ministern nur noch der Landwirtschaftsminister Freiherr v. Schorlemer-Lieser zugezogen wurde, schließt man erneut auf seine Favoritenstellung beim Kaiser. Zweifellos scheint diese Tatsache ein Beweis dafür zu sein, daß sich der Landwirtschaftsminister der persönlichen Gunst des Monarchen erfreut. Aber es gibt doch sehr gut orientierte politische Kreise, die die Anwartschaft des Herrn von Schorlemer auf den Kanzlerposten mit guten Gründen bestreiten. Freiherr von Schorlemer ist zwar gleich dem Kanzler ohne jede politische Schulung, man weiß aber, daß seine Kenntnis der auswärtigen Politik wie auch seine Sprachenkenntnisse recht erheblich hinter denen des Herrn von Bethmann Hollweg zurückstehen. Seine Wahl durch den Kaiser wäre darum ein nicht unbedenkliches Experiment, und man darf füglich bezweifeln, daß in dieser Zeit weltpolitischer Spannungen gerade der unerfahrenste der Kanzlerkandidaten den Vorzug erhalten sollte.

Mitten im weltpolitischen und diplomatischen Getriebe steht Fürst Lichnowski, den man nächst dem Landwirtschaftsminister als ausichtsvollen Kanzlerkandidaten nennt. Es ist zweifellos, daß Fürst Lichnowski in der knappen Zeit seiner diplomatischen Tätigkeit Erfolge aufzuweisen hat. Man wird das Urteil über sie freilich bis zu dem Tage zurückstellen müssen, an dem das deutsch-englische Abkommen in seinem ganzen Umfange bekannt gegeben wird. Innerpolitisch ist der Fürst ein völlig unbeschriebenes Blatt. Er ist Mitglied des Herrenhauses, hat sich aber dem Parteigetriebe bisher vollkommen ferngehalten. Aus seinen künstlerischen Neigungen glaubt man eine liberalisierende politische Auffassung folgern zu dürfen, aber Leute, die es wissen können, setzen seine Betätigung in künstlerischer Hinsicht mehr auf das Konto seiner geistvollen Gattin als auf sein persönliches. Richtig ist gewiß, daß Fürst Lichnowski als Mann von Welterfahrung und ausgezeichneter Bildung dem Gedankenkreis des politischen Junkertums entwachsen sein dürfte, was ihn den Konservativen zwar verdächtig machen könnte, den Liberalen aber deshalb noch nicht als „liberalen" Kanzler erscheinen lassen dürfte.

Der dritte im Bunde der Kanzlerkandidaten ist Freiherr von Hertling, der bayerische Ministerpräsident. Es läßt sich nicht leugnen, daß Freiherr von Hertling bei all seinen Fehlgriffen doch bewußt gestaltend seine Politik treibt und sich nicht erst mit den Ereignissen abfindet, wenn sie an ihn herantreten. Er übt auf die Reichspolitik zweifellos schon heute einen größeren Einfluß aus, als nach außen hin erkennbar ist, und man weiß nicht, ob er nicht lieber der „heimliche Kanzler" bleiben will ohne die Verantwortung und die Bürde, die das Amt nun einmal mit sich bringen. Seltsam ist, daß alle drei Kanzlerkandidaten katholisch sind. Einen „starken Mann" zu spielen hätte wohl von allen dreien höchstens Herr v. Schorlemer Lust.

Fürst Bülow, der gleichfalls als Kanzlerkandidat genannt ist, hat, als er von seinem Amt schied, seinen Freunden gegenüber keinen Zweifel daran gelassen, daß sein Abschied von der Politik ein endgültiger sei. Die innerpolitische Lage im Reich hat sich überdies inzwischen so verschoben, daß für den Fürsten Bülow, wenn man eine ihm sympathische Mehrheit im Reichstage für eine Vorbedingung einer ersprießlichen Tätigkeit des Reichskanzlers hält, eine entsprechende parlamentarische Grundlage kaum gegeben wäre.

Als weitere Kanzlerkandidaten werden Großadmiral von Tirpitz und Oberpräsident von Rheinbaben genannt. Der letztere würde den Konservativen vielleicht von all den Kandidaten dieser Liste am besten zusagen. Nach dem Herzen der Scharfmacher aber wäre ein arbeitsfähiger, krasser Außenseiter wohl noch besser. Wir glauben allerdings, daß Herr von Bethmann Hollweg sich nicht mehr lange halten kann, da er keine Mehrheit im Reichstag, ja nicht einmal eine Partei hat, auf die er sich stützen könnte, da aber der Reichskanzler — wie das nach der Lage der Sache ja gar nicht anders möglich ist — auch preußischer Ministerpräsident sein muß, kann der Liberalismus parteipolitisch, solange in Preußen die Konservativen das Heft in Händen haben, auch von einem Kanzlerwechsel nichts erwarten.

Innere Kolonisation.

In einer Zuschrift an die „L. N. N." schreibt ein Leser:

Die Ursachen der Abwanderung vom platten Lande, Landflucht genannt, suchen die einen in dem ungebundenen Leben, den höheren Löhnen, der Genuß- und Putzsucht der Großstädte, die anderen schieben alle Verantwortung den Landwirten in die Schuhe, weil sie den Arbeitern in allen ihren Existenzfragen nicht genug entgegenkommen. Was zu dieser Frage auch gesagt werden möge, eins steht fest, die Landflucht hört noch nicht auf, die Landwirtschaft leidet an Mangel an Arbeitskräften mehr denn je, sie erwartet Hilfe vom Staate. Aber auch andere weite Kreise unseres Volkes haben die Gefahr dieser rapiden Landflucht für unser ganzes Volks- und Wirtschaftsleben erkannt und überall werden Mittel und Wege zu deren Beseitigung angegeben und man faßt sie alle zusammen in dem Ausdruck „innere Kolonisation". Was ist nun innere Kolonisation? Das ist die Verpflanzung der Bodenkultur mittels Aufteilung und Besiedelung durch eigene Staatsangehörige innerhalb der eigenen Landesgrenzen. In nachfolgendem sollen nun einige Mittel angegeben und folgende Forderung für die innere Kolonisation gestellt werden.

1. Die Anbauungsmöglichkeit auf den Dörfern ist gesetzlich zu regeln. Es wird mancher Leser erstaunt fragen, ob man sich auf den Dörfern nicht anbauen könne. O gewiß, wer viel Geld hat und Grund und Boden erwerben kann, für den ist es ein leichtes. Aber wie ist es denn mit dem kleinen Mann mit kleinen Mitteln, der sich da ansiedeln will? Ja, da hapert es ganz gewaltig, der große Besitzer gibt nichts her und viele Gemeinden haben innerhalb ihres Dorfes überhaupt keinen Grund und Boden, und wo es der Fall ist, verfährt man geradezu kleinlich mit der Hergabe. Ich kenne verschiedene örtliche Verhältnisse genau und will deshalb einige Beispiele anführen. In einem Orte liegen die Baustellen, vielleicht 50 bis 75 Quadratmeter groß, direkt an einem Bach, an der anderen Seite der Dorfstraße aber direkt an einem Berge, so daß wohl gerade noch ein Häuschen und Ställchen hingeht, aber dann weiter nichts. Ein derartiger Besitzer kann sich nicht ausdehnen, das Häuschen bleibt für alle Zeiten ein Arbeiterwohnhaus, aller Nachwuchs geht dem Dorfe verloren.

In einem anderen Orte ist so eine Baustelle nur einige 40 Quadratmeter groß, kostet 36 Mark und bietet also auch keine Aussicht auf Vergrößerung, und da sollen die Leute bauen, sie sollen sich zusammenpferchen, wo ringsherum Land genug ist. In dieser geradezu kleinlichen Bebauungspolitik unserer Dörfer liegt die Hauptursache unserer beklagenswerten Landflucht, aber von den Landwirten selbst verschuldet. Der Landwirt klagt über die Leutenot, er schimpft darüber, daß er sich mit seinem Lande so herumplagen müsse, soll er aber nur einige Quadratmeter hergeben, dann werden Preise gefordert, die in gar keinem Verhältnis zum wirklichen Werte stehen. Wie jede Stadt ihren Bebauungsplan hat, so muß ihn auch jedes Dorf haben, und im Interesse der inneren Kolonisation müssen für das ganze Reich Bestimmungen getroffen werden, unter welchen Baustellen von Gemeinden an Arbeiter und dergleichen abgegeben werden, damit der Passivität solchen wichtigen Fragen und der Willkür der Gemeindebehörden gegenüber ein Riegel vorgeschoben wird.

Damit steht aber

2. der Ankauf von Grund und Boden seitens der Gemeinden in engster Beziehung: jeder Privatmann greift zu, wenn er neben dem Besitz neuen erwerben kann, die Dorfgemeinde ganz selten. Soviel mir bekannt, müssen die Gemeinden, wenn sie Grund und Boden veräußern, für den gleichen Betrag oder die gleiche Fläche wieder kaufen. Das genügt aber nicht. Als Forderung muß aufgestellt werden, daß Gemeinden bis zu einer bestimmten Kopfzahl im Laufe der Jahre innerhalb des Bebauungsplanes auch bestimmten Grundbesitz erwerben und behalten, damit sie in der Lage sind, an Ansiedelungslustige auch jeder Zeit, und zwar ohne Gewinn, abgeben zu können. Die Gemeinden müssen ein Vorkaufsrecht bekommen.

3. Beschaffung billigen Geldes zum Ankauf von Baustellen und zur Errichtung von Wohnhäusern und Stallungen: Wie schwer gerade in diesem Punkte die heutigen Verhältnisse sind, kann nur der beurteilen, der selbst darin gesteckt hat. Früher gaben unsere Invaliditätsversicherungen erste Hypotheken auf Großgrundbesitz, heute wohl auch schon nicht mehr, nur Städte haben noch den Vorzug, bedacht zu werden. Unsere Großbanken geben sich mit solchen Kleinigkeiten überhaupt nicht ab. Anleihen von Hunderten von Millionen zusammenzubringen, damit Türken und Chinesen Bahnen und Chausseen bauen können und den Bauern in fernen Ländern geholfen wird, das ist für diese Institute eine Kleinigkeit, aber Geld für das eigene Land, überhaupt für die kleine Landwirtschaft, herzugeben, das ist heute noch ein Unding, aber es wird die Zeit kommen. Der Staat möge billiges Geld zur Verfügung stellen, dasselbe innerhalb der schwarz-weiß-roten Grenzpfähle zu billigem Zinsfuße weitergeben, dann wird es dem Volkswohl tausendfach Zinsen bringen. Dazu gehört dann aber auch

4. eine Erhöhung der Kreditgrenze für kleinen landwirtschaftlichen Besitz oder leichtere Beschaffung von zweiten Hypotheken. Dazu müßten vor allen Dingen unsere ländlichen Genossenschaften ausersehen werden, indem denselben von Staats wegen zur Gewährung von Realkredit in bestimmten Grenzen Staatsmittel zur Verfügung gestellt werden, weil dort am Platze des Geldgebers auch alle Verhältnisse am besten beurteilt werden können.

5. Ausdehnung der Tätigkeit der Ansiedelungskommission auf alle Teile Deutschlands.

6. Herbeischaffung von Arbeitskräften zur Anlegung von Straßen und dergleichen und Urbarmachung von Oedland. Der genaue Kenner und Beobachter des Großstadtlebens wird schon herausgefunden haben, daß an dem gewaltigen Organismus eines solchen Städtelebens unendlich viele arbeitsscheue und arbeitslose Existenzen herumhängen. Wie sie kontrollieren, wie sie wieder abschütteln, ist eine unausführbare Riesenaufgabe. Durch Gesetz hat jeder deutsche Staatsbürger eine Ausweiskarte bei sich zu führen, in welcher neben seinen Personalien, Art und Zeit und Höhe des Verdienstes seiner letzten Beschäftigung behördlich beglaubigt angegeben sein muß. Wer innerhalb eines Monats dreimal ohne diesen Nachweis in seinem Ausweis angetroffen wird, wird auf eins jener aufgeteilten Güter geschafft und muß dort arbeiten. Da würde man das Recht auf Arbeit schaffen, nur mit dem Unterschiede der heutigen Forderung, daß sich nicht jeder seine Arbeit selbst aussuchen kann, denn das Recht auf Arbeit führen viele im Munde, aber Pflicht zur Arbeit haben viele verlernt, und da würde es ihnen wieder beigebracht.

7. Rückkehr zur Naturallöhnung: Die Landwirtschaft ist überall da, wo fremde Arbeitskräfte eingestellt werden, zur Barlöhnung übergegangen. Wie war es früher? Der Arbeiter bekam einen bestimmten Teil der Gesamterne, so z. B. beim Drusch den zwanzigsten Zentner Getreide. So verdiente ein Arbeiter bei einem größeren Bauern mit 200 Morgen Land ca. 50—60 Zentner Körnerfrüchte. Er konnte alles das, was er für den eigenen Bedarf brauchte, zurückbehalten, das andere aber verkaufen. Was aber die Hauptsache dabei war, der Arbeiter hatte an der Bewirtschaftung des Bodens seines Brotherrn das größte Interesse, denn jede Nachlässigkeit und Verminderung der Ernte hatte er an seinem eigenen Leibe zu spüren. Heute fragt kein Arbeiter mehr danach, ob die Saat aufgeht, ob die Ernte gut heimkommt oder auf dem Felde wächst, ihm kann das alles einerlei sein, er ist mit barem Gelde abgefunden. Alle die Betriebe, die derartige Naturallöhnung noch haben, behalten auch ihre Arbeitskräfte. Deshalb ist die Rückkehr zu ihr sehr zu empfehlen.

Daß es noch andere Mittel gibt, ist ja Tatsache, ich glaube aber die wundesten Punkte berührt zu haben. Möchten alle diese Mittel zusammengetragen werden, damit an unserer Kolonisation, die ja schon längst, aber recht langsam im Gange ist, schneller gearbeitet werden könnte. Dazu sollen diese Zeilen beitragen.

•

Es liegt sicher viel Beachtenswertes in diesen Vorschlägen. Immerhin wird man die Forderung der Aufteilung von Großgrundbesitz, die ja auch in der unter 5 gewünschten Ausdehnung der Tätigkeit der Ansiedlungskommission liegt, immer noch in den Vordergrund rücken müssen.

Der Prinz zu Wied über seine Regierungspläne.

Der Korrespondent des „Journal" hatte eine Unterredung mit dem Prinzen Wilhem zu Wied. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, hatte der Prinz, bevor er das Interview gewährte, eine genaue schriftliche Aufstellung der zu beantwortenden Fragen verlangt. Nachdem diese Liste die Genehmigung des Prinzen gefunden hatte, empfing er den Korrespondenten und erklärte: „Ich reise am 2. Januar nach Potsdam, wo sich mir die von den albanischen lokalen Behörden delegierten Gesandtschaften vorstellen werden. Am 20. Januar gedenke ich nach Albanien abzufahren. Von Potsdam aus werde ich mich direkt nach der Stadt Durazzo begeben.

Ich werde nicht den Titel eines Königs annehmen, sondern nur denjenigen eines souveränen Fürsten von Albanien. Die Stiftung eines neuen Ordens glaube ich nicht vornehmen zu müssen. Sollte sich dieses indessen doch als notwendig erweisen, würde ich zunächst den Orden vom Weißen Stern zu Skanderberg schaffen."

Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte sich der Prinz Wilhelm zu Wied, daß er augenblicklich damit beschäftigt sei, sich die Kenntnis der albanischen Sprache anzueignen. Von den zahlreichen albanischen Dialekten sind es die zwei hauptsächlichsten, mit deren Studium sich der künftige Herrscher von Albanien beschäftigt.

Sehr interessant sind die Ausführungen des Prinzen Wilhelm, die er in bezug auf die Religionsfreiheiten dem „Journal"-Mitarbeiter machte: „Die Religionen der Mohammedaner, Katholiken und Orthodoxen werden gleichmäßig respektiert werden. — Des weiteren ermächtige ich Sie, alle Gerüchte über Revolten in Albanien zu dementieren."

Ungültigkeit des Reichszuwachssteuergesetzes?

Eine Frage von allergrößter Tragweite sowohl in wirtschaftlicher wie in rechtlicher Hinsicht wird von Stadtrat Klautzsch in der Neujahrsnummer der „Deutschen Juristen-Zeitung" aufgeworfen. Ist das Reichszuwachssteuergesetz überhaupt noch rechtsgültig? Er begründet diese seine überraschende Stellungnahme in scharfer, u. E. einwandfreier Weise auf Grund der Reichsverfassung. Von den Steuern unterliegen nach Art. 4 Nr. 2 der Verfassung der Gesetzgebung

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140104014/fragment/page=0001

des Reichs nur „die für die Zwecke des Reichs zu verwendenden Steuern". Eine Beschränkung etwa auf Zölle und allgemeine Verbrauchssteuern kennt die Verfassung nicht. Das Reich war daher zweifellos zuständig, eine Zuwachssteuer für seine Zwecke zu erheben. Das Zuwachssteuergesetz vom 14. Februar 1911 hatte aber nicht nur eine Steuer für Zwecke des Reichs, sondern gleichzeitig eine solche für Zwecke der Gemeinden eingeführt, indem es im § 50 vom Ertrage der Steuer 10 Prozent den Bundesstaaten und 40 Prozent den Gemeinden und Gemeindeverbänden überließ. Die 10 Prozent waren „als Entschädigung für die Verwaltung und Erhebung der Steuer" bestimmt und änderten den Charakter der „einheitlichen Reichsabgabe" nicht. Anders stand es jedoch mit den 40 Prozent; diese waren tatsächlich eine reine Gemeindeabgabe. Im preuß. Ausführungsgesetz vom 14. Juli 1911 ist dies äußerlich auch durch die Bestimmung der Veranlagungsbehörden und des Rechtsmittelverfahrens anerkannt. Ebenso sieht das preuß. Oberverwaltungsgericht die Zuwachssteuer ihrem inneren Wesen und ihrer äußeren Handhabung nach als eine reine Gemeindesteuer an. Trotzdem haben die Gerichte in allen Bundesstaaten keine Bedenken gegen die Erhebung dieser durch das Reich eingeführten Gemeindesteuer ausgesprochen, ohne jedoch auf die Frage der Zuständigkeit des Reiches besonders einzugehen. Seit dem 1. Juli 1913 kann aber von einer Reichsabgabe nicht mehr die Rede sein. Nach dem Gesetz über Aenderungen im Finanzwesen vom 3. Juli 1913 „fällt für alle nach dem 30. Juni 1913 eintretenden Fälle der Steuerpflicht die Erhebung des Reichsanteils fort". Das heißt mit anderen Worten und dem wahren Sinn entsprechend: die für die Zwecke des Reichs eingeführte Zuwachssteuer wird aufgehoben. Dies war auch die ausgesprochene Absicht, weil durch die allgemeine Wertzuwachsbesteuerung durch das Besitzsteuergesetz vom 3. Juli 1913 der Wertzuwachs der Grundstücke miterfaßt wird und eine doppelte Besteuerung dieses Wertzuwachses vermieden werden sollte. Auf Grund der Reichsgesetze vom 14. Februar 1911 und vom 3. Juli 1913 kann daher seit 1. Juli 1913 weder in den Bundesstaaten noch in den Gemeinden oder Gemeindeverbänden eine Zuwachssteuer erhoben werden. Die Bundesstaaten müssen neue Gesetze erlassen, wenn sie eine Zuwachssteuer erheben wollen. Ihre etwaigen früheren Gesetze sind durch § 72 Zuwachsst.-Ges. mit Wirkung vom 1. Januar 1911 aufgehoben. Da trotz dieser Rechtslage wohl alle Gemeinden und Gemeindeverbände seit dem 1. Juli 1913 auch ohne gültige eigene Satzungen die Zuwachssteuer auf Grund der Reichsgesetze weitererheben, so wird auf Grund dieser Aufsehen erregenden Feststellungen in der „Deutschen Juristen-Zeitung" die wirtschaftlich weittragende Frage nun auch die Gerichte beschäftigen. Die Gerichte müssen nach der Ansicht von Klautsch die materielle Rechtmäßigkeit des Reichsgesetzes vom 3. Juli 1913 prüfen, und wenn sie die Zuständigkeit des Reiches verneinen, den zur Zuwachssteuer Veranlagten von dieser Steuer freistellen. Man darf auf die Stellungnahme der Reichsregierung zu diesem sachkundigen Aufsatze gespannt sein.

*

Deutsches Reich.

Nach Braunschweig — Kurhessen!

Bei der Verteidigung seiner welfischen Politik hat der Reichskanzler den Standpunkt vertreten, daß ein Verzicht des Prinzen Ernst August auf die hannöverschen Ansprüche nur für die Person des Verzichtenden selbst und nicht für dessen Nachkommen hätte ausgesprochen werden können. Diese Erklärung wird von dem Organ der hessischen Rechtspartei, den „Hessischen Blättern", mit ganz besonderer Genugtuung begrüßt, weil die Rechtsparteiler aus ihr die schönste Nutzanwendung auf Kurhessen zu ziehen vermögen. Die „Hessischen Blätter" besorgen das ausgiebig in folgenden Ausführungen:

„In ihrem Lichte erscheint es einfach sinnlos, daß man den Agnaten unseres hessischen Kurhauses die Herausgabe auch nur eines Teiles der ihnen von Gottes- und Rechts wegen zustehenden Revenuen des mitannektierten kurfürstlichen Hausfideikommißvermögens so lange verweigerte, bis man ihnen durch diese Vorenthaltung den Verzicht auf „alle Ansprüche auf die Regierung des früheren Kurstaates" abgepreßt hatte; sinnlos, daß eine finanzielle „Schadloshaltung des Herzoglich Schleswig-Holsteinischen Hauses" ebenfalls erst bewilligt wurde, als seine Agnaten sich zu der gleichen Verzichterklärung verstanden hatten; sinnlos endlich das fast dreißig Jahre fortgesetzte Gezeter um die braunschweigische sog. Frage, das sich . . . auch nur um den — in diesem Falle vergeblich — geforderten Verzicht so lange drehte, bis — die Verheiratung des braunschweigischen und hannoverschen Thronerben mit einer Tochter des Königs von Preußen den dortigen Staatslenkern urplötzlich eine neue und bessere Erleuchtung verschaffte . . . Nun wissen wir doch, daß auch Preußen es nicht für einen Verstoß gegen die mit den Agnaten des Kurhauses geschlossenen Verträge erklären kann, wenn eines Tages ein Nachkomme dieser Agnaten mit der Erklärung hervortreten wird, daß er sich durch ihre Verzichtverträge nicht gebunden erachte, sondern sich fortan an die von dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm am 10. September 1873 erlassene Kundgebung halten werde, durch die der Kurfürst in seiner Eigenschaft als Chef seines Hauses jenen Verträgen gegenüber erklärte, „allen geborenen und ungeborenen Nachkommen aus dem Hause Hessen ihr unveräußerliches Erbe mit allem Nachdrucke und für alle Zukunft feierlichst zu verwahren."

Na, wenn's ihnen Spaß macht; an den tatsächlichen und staatsrechtlichen Verhältnissen ändern diese unfruchtbaren Erklärungen ja doch nichts.

Der Kronprinz und General von Deimling. Gleich nach dem 28. November trat in Straßburg mit großer Bestimmtheit das Gerücht auf, der Kronprinz habe dem General von Deimling telegraphiert, um ihn zu feiner und des Obersten v. Reuter Haltung zu beglückwünschen und ihn zum Ausharren zu ermutigen. Als dann die plötzliche Versetzung des Kronprinzen nach Berlin in Straßburg bekannt wurde, wollte man darin eine Wirkung jenes Telegramms sehen. Nun taucht das Gerücht in der Pariser „Autorité" in der Form auf, daß der Kronprinz dem Obersten von Reuter drahtlich seine Zustimmung kundgegeben habe. Diese Meldung stellt offenbar nur eine Variante der obenerwähnten Gerüchte dar und entbehrt ebenso der Bestätigung.

Der Zusammentritt des Landtages. Das Herrenhaus hält seine erste Plenarsitzung am Donnerstag, den 8. Januar, nachmittags 3 Uhr ab mit der Tagesordnung: 1. Konstituierung des Hauses, 2. Wahl des Präsidenten, der beiden Vizepräsidenten und der Schriftführer. Nach der Plenarsitzung konstituieren sich die Abteilungen des Herrenhauses. — Im Abgeordnetenhause findet die erste Sitzung am 8. Januar nachmittags 2 Uhr statt. In dieser Sitzung wird unmittelbar nach der vorläufigen Konstituierung des Hauses der Finanzminister den Staatshaushaltsetat einbringen. — Wie eine parlamentarische Korrespondenz hört, werden dem Herrenhause am 8. Januar das Fideikommißgesetz, ein Entwurf über Reformen in der Landesverwaltung und das Ausgrabungsgesetz zugehen, letzteres lag dem Landtage bereits im Frühjahr 1913 vor, war aber unerledigt geblieben. Dem Abgeordnetenhause wird außer dem Etat das Wohnungsgesetz zugehen, dessen Inhalt im Sommer 1913 bereits veröffentlicht worden war.

Die Konfessionslosen und der Eid. Wie die „Tägliche Rundschau" berichtet, hat in der vorigen Woche das Schöffengericht Berlin-Tempelhof in einer Strafsache wegen Diebstahls es abgelehnt, auf die eidliche Aussage zweier im übrigen einwandfreier Zeugen den Angeklagten zu verurteilen, weil beide Zeugen angaben, konfessionslos zu sein. Das Gericht erklärte, es könne nicht wissen, welche Bedeutung der Eid noch für die konfessionslosen Zeugen haben könnte und beschloß aus diesem Grunde, die Sache zu vertagen und die Leumundszeugen des Angeklagten zu hören. Das genannte Blatt erhebt gegen dieses Verhalten des Gerichts entschiedenen Einspruch und schreibt dazu:

„Ungeheuerlich finden wir es, jemanden um seiner Konfessionslosigkeit willen infam machen zu wollen. Und darauf läuft es doch hinaus, wenn man jemanden um deswillen die Eidesfähigkeit absprechen will. Es wird doch kein ernsthafter Mensch behaupten wollen, daß ein Kirchenloser, Konfessionsloser nicht auf der höchsten sittlichen Stufe stehen könne, auf einer viel höheren als Millionen von Kirchenangehörigen. Man bedenke doch nur, welchen verbrecherischen Gewissenszwang es für ehrliche Leute bedeuten würde, die nach reiflicher und ehrlicher Erwägung, nicht in dem dumpfen Raptus einer Zehngebotehoffmann-Versammlung der Kirche den Rücken gewendet haben, wenn daraus eine Infamierung ihrer bürgerlichen und menschlichen Ehre hergeleitet werden dürfte. Hier gilt es für die ganze Partei der ehrlichen Leute, von Anfang an Einspruch gegen eine Ungeheuerlichkeit."

Der Zentralrat der Deutschen Gewerkvereine (H.-D.) hat an den Herrn Reichskanzler und an den Reichstag eine eindringliche Petition gerichtet, die eine gesetzgeberische Maßnahme zur Einführung des freien Sonnabend-Nachmittags für Arbeiterinnen fordert. Es wird in der Petition an Hand von statistischen Aufnahmen aus dem Gewerkverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter auf die erfreuliche Tatsache hingewiesen, daß schon jetzt selbst in den Betrieben der Eisenindustrie, sowohl in großen wie in mittleren und kleineren Betrieben, der freie Sonnabend-Nachmittag eingeführt worden ist und sich für beide Teile, Arbeitgeber und Arbeiter, aufs beste bewährt. Auch die Textilindustrie ist an diesen Einrichtungen namentlich in Süddeutschland in erheblichem Maße beteiligt. In dem älteren Industrieland England ist der freie Sonnabend-Nachmittag allgemeiner Gebrauch geworden, ebenso in Amerika. An Hand eines Aufsatzes von dem trefflichen Leiter der badischen Fabrikinspektion, Herrn Geheimen Rat Dr. Bittmann, im Taschenbuch für die Deutschen Gewerkvereine für 1914 werden die guten Gründe für den freien Sonnabend-Nachmittag in eingehender Weise dargestellt. In der Petition werden Reichstag und Reichsregierung ersucht, „die Frage zu prüfen, ob der freie Sonnabend-Nachmittag nicht durch ein Werk der Gesetzgebung weiter zu fördern wäre. Der § 137 der Gewerbeordnung müßte über die Novelle von 1908 hinaus die Vorschrift bekommen, daß für die Arbeiterinnen der Schluß der Arbeitszeit am Sonnabend spätestens mittags 1 Uhr eintritt."

Zur Verhaftung des Abgeordneten Grafen Mielczynski. Das zuständige Amtsgericht hat dem Reichstag durch Vermittelung des Reichskanzlers eine Mitteilung über die Verhaftung des Abgeordneten Grafen Mielczynski zugehen lassen und gleichzeitig hat die Staatsanwaltschaft auf demselben Wege mitgeteilt, daß sie die Haft des Beschuldigten einstweilen verlängert hat.

Von der Viehzählung vom 1. Dezember 1913 liegt bereits das Ergebnis für Württemberg vor. Nach den soeben erschienenen Mitteilungen des Statistischen Landesamtes hat die Rindviehhaltung gegen den Stand am 1. Dezember 1912 um 5,2 Prozent und die Schweinehaltung um 21 Prozent zugenommen.

Die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht E. V. hat kürzlich ihren dritten Jahresbericht herausgegeben, der Zeugnis gibt von dem tüchtigen und wertvollen Wirken dieses noch jungen Vereins. 928 Einzelfälle sind im vergangenen Jahre bearbeitet worden; unter diesen waren 435 Mütter, die keine Unterkunft vor oder nach der Entbindung hatten; von ihnen wurden 353 mit 6698 Verpflegungstagen in das Heim „Mutterhilfe", Düsseldorfer Straße 14, Berlin-Wilmersdorf, aufgenommen, das 22 Müttern und ebensoviel Kindern zu gleicher Zeit Obdach bieten kann. Mit 220 Kindern (3970 Verpflegungstage) beherbergte das Heim im vergangenen Geschäftsjahr also 573 Schützlinge mit 10 668 Verpflegungstagen. Was diese Leistung an Arbeit und Mühe, an werktätiger Liebe, an unermüdlicher Aufopferung umfaßt, davon geben diese Zahlen den Außenstehenden kaum einen schwachen Begriff.

Hof- und Personalnachrichten.

Die Erkrankung des Herzogs von Sachsen-Koburg-Gotha ist nach einer Bekanntmachung des Geheimen Kabinetts des Herzogs auf eine Erkältung zurückzuführen. Es hat sich bei dem Herzog eine leichte Augenentzündung eingestellt, infolge deren er das Zimmer hüten muß. Rheumatismus ist bei dem Erkrankten nicht festgestellt worden.

Personalveränderungen in der preußischen Armee. An Stelle des mit der Führung des 11. Armeekorps beauftragten Generalleutnants v. Plüskow ist der zum Generalleutnant beförderte bisherige Oberquartiermeister Frhr. von Lüttwitz zum Kommandeur der Großherzoglich Hessischen (25.) Division ernannt worden. Seinen Posten in dem Generalstab der Armee, unter gleichzeitiger Ernennung zum Mitglied der Studienkommission der Kriegsakademie und Oberquartiermeister, erhält der Generalmajor v. Redern, der frühere Kommandeur der 11. Infbrigade. Gleichzeitig ist der mit der Wahrnehmung der Geschäfte eines Oberquartiermeisters beauftragte Generalmajor v. Kuhl zum Oberquartiermeister ernannt worden. Dem Kommandanten von Straßburg i. E. v. Dietinghoff gen. Scheel wurde der Charakter als Generalleutnant verliehen, während die Generalmajore v. Conta, Steinmetz und v. Kluge zu Generalleutnants befördert wurden.

Ausland.

Englisch-österreichische Besprechungen zur Einschränkung der Flottenrüstungen?

Nachdem bereits jüngst das „Neue Wiener Tageblatt" in einem vielbemerkten Artikel für ein englisch-österreichisches Flottenabkommen als Frucht der Reise des Thronfolgers nach England eingetreten war, teilt jetzt der Londoner Korrespondent der „Neuen Freien Presse" aus bester Quelle mit, daß eine einflußreiche Persönlichkeit, welche die Ansichten Lloyd Georges über die Rüstungsfrage teilt, nach Wien kommen werde, um die maßgebenden Kreise über ihre Haltung zu einer allgemeinen Einschränkung der Flottenrüstungen zu befragen.

Abwarten! Abwarten!

*

Provinzial-Nachrichten.

Könnern, 3. Jan. (Bahnprojekt.) Das schon oft angeregte Projekt eines Bahnbaues Stumsdorf—Könnern ist jetzt mit Aussicht auf Verwirklichung von neuem angefaßt worden. Unter Leitung der Bürgermeister von Löbejün und Zörbig und des Fabrikdirektors Dr. Otto in Gottgau hat sich ein größerer Ausschuß von Bahnbauinteressenten gebildet, der an der Hand eines von der Tiefbaugesellschaft Conrad, Berlin, ausgearbeiteten Entwurfs das Projekt betreibt. Zunächst will man die 13 Kilometer lange Teilstrecke Stumsdorf—Gottgau ausbauen, die in die Nauendorf—Gerlebogker Privatbahn, gleichfalls erbaut von der Firma Conrad, einmünden soll. Die Kosten für diesen Teil betragen 800 000 Mark. Es ist Aussicht vorhanden, daß Staat und Provinz je 200 000 Mark übernehmen. Die gleiche Summe will die Firma Conrad als Aktienkapital zeichnen. Der Saalkreis und der Bitterfelder Kreis werden einen Gesamtzuschuß von 120 000 Mark geben. Weiter wird geplant, unter Benutzung der Nauendorf—Gerlebogker Eisenbahn für die Strecke Gottgau—Gröbzig die Bahn von Gröbzig nach Könnern auszubauen, so daß eine direkte Bahnlinie Bitterfeld—Könnern entstehen wird, was eine Entlastung des stark überlasteten Bahnhofs Halle bedeuten würde. Dank letzterem Umstand ist zu hoffen, daß der Staat nach einiger Zeit die Bahn übernimmt, wie das alsbald nach der Fertigstellung mit der als Privatbahn gebauten Strecke Bitterfeld—Zörbig—Stumsdorf geschehen ist.

Sandersleben, 3. Jan. (Ein Hausbesitzerverein) ist zur Wahrung der Interessen der Hausbesitzer gegründet worden. Es traten sofort 60 Mitglieder bei.

* **Schnellroda** b. Mücheln, 3. Jan. (Auszeichnung.) Dem am 1. Januar in den Ruhestand getretenen Pfarrer Loeper von hier wurde der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen.

Granschütz, 2. Jan. (Dem langjährigen Amtsvorsteher, Fabrikdirektor Dr. Krey,) Mitglied des Vorstandes der Riebeckschen Montanwerke A.-G. in Halle, wurde anläßlich seines Scheidens aus seinem Amte als Amtsvorsteher der Rote Adlerorden 4. Klasse verliehen und heute durch den Königl. Landrat von Richter in Weißenfels überreicht. Sein Scheiden als Amtsvorsteher und als Mitglied des Kreistages des Landkreises Weißenfels erfolgte wegen der Verlegung des Wohnsitzes von hier nach Halle. Von seinem 30 Jahre langen Aufenthalte in unserer Gemeinde entfallen 18 Jahre auf seine rege Tätigkeit als Amtsvorsteher in dem etwa 4500 Einwohner zählenden Amtsbezirke Webau, von denen etwa 3700 Einwohner in der einheimischen Braunkohlenindustrie arbeiten. Gestützt auf reiche Erfahrungen hat er während seiner drei Amtsperioden zum Wohle des Amtsbezirks Webau mit großem Interesse gewirkt. Von den Amtseingesessenen wird dies allgemein anerkannt.

Zeitz, 3. Jan. (Die Bevölkerung der Stadt Zeitz) betrug am 31. Dezember 34 034 Einwohner.

Müllerdorf, 3. Jan. (Kirchliches.) Im verflossenen Jahr 1913 wurden 46 Kinder geboren, darunter 3 uneheliche, 23 Knaben und 23 Mädchen. Gestorben sind 22 Personen, darunter 13 Kinder. Abendmahlsgäste waren es 333, darunter 8 Hauskommunionen, im Vorjahre 318. Trauungen fanden 9 statt. Konfirmiert wurden 26 Kinder, 11 Knaben und 15 Mädchen. An Kollekten kamen ein im ganzen Kirchspiel von Müllerdorf, Zappendorf, Benkendorf und Quilschina 137,20 Mk. Davon entfallen auf Müllerdorf und Zappendorf 64,55 Mk., im Vorjahre 63,57 Mk. Im Klingelbeutel befanden sich 15,56 Mk., im Vorjahre 12,44 Mark.

Ziegelrode, 2. Jan. (Halberfroren aufgefunden.) Vorgestern wurde in hiesiger Flur auf dem Siebigröder Wege ein Mann im Schnee liegend, halberfroren aufgefunden. Da er sich nicht mehr rühren konnte, mußte er einstweilen nach einem hiesigen Gasthofe transportiert werden. Der Verunglückte, an dessen Wiederherstellung gezweifelt wird, ist ein aus Klostermansfeld stammender Drehorgelspieler namens König.

Magdeburg, 2. Januar. (Der Stadtälteste,) Stadtrat Sombart, der Dezernent des Kaiser-Friedrich-Museums, ist heute, 64 Jahre alt, gestorben.

Thale, 3. Jan. (Naturdenkmäler) sind im Harz so mancherlei anzutreffen. Im Wolfsbachtale bei Zorge stehen 114 über 200 bis 270 Jahre alte Fichten von 40 bis 50 Meter Höhe und einem Umfang, das drei Männer sie kaum umspannen können. Sie werden von der Forstverwaltung geschont und führen den Namen „Dicke Tannen". Die Hude- oder Trifteichen finden wir bei Wieda; sie mögen 150 bis 250 Jahr alte sein. Am Katzenstein bei Niedersachswerfen steht als Naturdenkmal ein gewaltiger Bergahorn. Auf dem Ahrensberge bei Lauterberg ist eine Tanne mit einem Apfelbaum verwachsen; sie führt den Namen „Apfeltanne". Im Kästental und Bodetal bei Thale sind es die alten Eiben, die, sorglich gehütet, der Nachwelt als Naturdenkmal erhalten bleiben sollen.

* **Eisenberg,** 2. Januar. (Ein historischer Baum.) Der auf der Südseite des Pfarrholzes stehende denkwürdige, weithin sichtbare Baum, eine mächtige Buche, die seit rund 200 Jahren in das Land hineinschaute und somit auch Zeuge der Befreiungskriege von vor 100 Jahren war, ist mit Ende des Erinnerungs-

Wie man die Magensäure unschädlich macht.

Wenige sind sich eigentlich bewußt, wie wichtig es ist, die im Magen befindliche Nahrung von säurebildender Gärung freizuhalten. Eine gesunde, normale Verdauung kann nicht stattfinden, solange der Magen mit seinen zarten Schleimhäuchen von der Säure gereizt und von den freiwerdenden Gasen bedrückt wird — alles das sind die Folgen der gärenden Speisen im Magen. Um eine vollkommene Verdauungstätigkeit zu erzielen, muß diese Gärung beseitigt oder verhindert und die Säure neutralisiert werden. Besorgen Sie sich zu dem Zwecke beim Apotheker oder Drogisten etwas bisurirte Magnesia, von der man nach jeder Mahlzeit einen halben Teelöffel voll in etwas warmem oder kaltem Wasser nimmt. Bisurirte Magnesia ist angenehm einzunehmen, hat keine störenden Nebenwirkungen, beseitigt die Gärung, neutralisiert die Säure und macht den durchsäuerten Speisebrei wieder mildefrisch und leichtverdaulich.

Die regelmäßige Anwendung von bisurirter Magnesia garantiert eine gesunde, normale Verdauung, da nach jeder Bildung der überschüssigen Säure verhindert, die allein die Störungen verursacht.

Notabene! Ein Apotheker weist darauf hin, daß es sich hierbei nicht etwa um die gewöhnliche, sondern um bisurirte Magnesia handele, die nur in genau etikettierten, blauen Flakons verkauft wird, mit „bisurirte Magnesia" in das Glas selbst eingeblasen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140104014/fragment/page=0002

jahres dieser Kriege heimgegangen. Die Legende behauptete von der stolzen Buche, daß die zurückweichenden Franzosen einen Schatz in ihr oder unter ihr verborgen hätten. Gewisse Leute haben dieser Legende tatsächlich Glauben geschenkt und sind vor etwa 20 Jahren an die Hebung des vermeintlichen Schatzes herangegangen, wobei sie den Baum stark beschädigten. Seitdem kränkelte der Baum und das verflossene trockene Jahr gab ihm den Todesstoß, so daß jetzt an die Beseitigung des Riesen, der jetzt vollständig abgestorben ist, gegangen werden mußte.

Eisenach, 2. Januar. (Aus dem Stammbuch der Wartburg.) Ein preußischer Offizier fand neulich auf der Wartburg in dem Stammbuch, welches dort dem Reisenden zum Einschreiben vorgelegt zu werden pflegt, folgende, in prophetischem Geist von unserem Jahr am 16. April 1807 niedergeschriebene schöne Gedanken: Joh. Friedr. Ludw. Jahn, aus Lenzen im Preußischen, Privatlehrer in Jena. „Es wird ein anderes Zeitalter für Deutschland kommen, und eine echte Deutschheit wieder aufblühn. Da werden wir schöne Träume verwirklicht finden, und nicht mehr darüber verwundern, weil wir endlich aus langem Schlummer erwachten."

Coburg, 3. Januar. (Fränkische Spitznamen.) Im „Staffelsteiner Tagblatt" konnte man jüngst folgendes Inserat lesen: „Wer mich ab 1. Januar 1914 nochmals mit meinen Spitznamen „Hortla", „Humps", „Backofenschister" benennt, wird zur gerichtlichen Anzeige gebracht. Gg. Maurer, Schuhmacher in Prächting."

Kunst und Wissenschaft.

Hochschulnachrichten.

Wie aus Freiburg i. Br. gemeldet wird, hat der außerordentliche Professor und erste Assistent der an der psychiatrischen Klinik der dortigen Universität Dr. med. Oswald Bumke einen Ruf an die Universität Rostock als Ordinarius für Psychiatrie und gerichtliche Psychiatrie und Direktor der Irrenanstalt Gehlsheim als Nachfolger des verstorbenen Geh. Medizinalrats Prof. Schuchardt erhalten und angenommen. Er wird sein neues Lehramt am 15. Februar 1914 übernehmen.

Der Straßburger Straf- und Prozeßrechtslehrer Prof. Dr. Eduard Kohlrausch hat einen Ruf nach Tübingen als Nachfolger von Prof. R. v. Frank erhalten, jedoch abgelehnt.

Ein ungedruckter Lutherbrief. Im Juli 1545 sandte der Rat der Stadt Braunschweig eine Abordnung an Johann Friedrich von Sachsen, die neben anderem auch über die Berufung des Naumburger Superintendenten und Freundes Luthers und Melanchthons, D. Nicolaus Medler, zum Superintendenten von Braunschweig verhandelte. Um die Erlaubnis für den Weggang Medlers von Naumburg vom Kurfürsten zu erhalten, wandten sich die Gesandten außer an Melanchthon auch an Luther, der denn auch in ihrem Sinne bei Johann Friedrich intervenierte. Dieser bisher ungedruckt gebliebene Lutherbrief befindet sich im Original im Sächsisch-Ernestinischen Gesamtarchiv zu Weimar und ist jetzt vom Archivar Dr. Walter Müller im „Archiv für Reformationsgeschichte" publiziert worden. Für die Geographie der geistigen Kultur interessant ist der Passus, der einen Seitenblick auf Kurbrandenburg enthält, wobei vorbemerkt sei, daß Medler mit Einwilligung Johann Friedrichs der Markgräfin Elisabeth von Brandenburg als deren Prediger in die Mark folgen sollte: „Und er on das nicht gedenckt zu Naumburg zu bleiben, dunckt michs das beste sein, das er ym namen Gottes seine zusage halte. Denn das er ynn die Marck solte, ist mir nicht wol ym synn, So ist auch besser, das solche person, so großem volck nutze sein kann, nicht ym winckel gesteckt bleibe. Es kan wol ein ander verhegen, der nicht unter ein gros volck tuchtig ist." Die Mark war Luther also noch ein „Winkel", wohin man jeden stecken konnte, der anderswo nicht zu brauchen war.

Ankauf von Radium durch die Stadt Hannover. Die städt. Kollegien von Hannover bewilligten in ihrer letzten Sitzung 56 000 Mark zur Anschaffung von 200 Milligramm Radium für das städtische Krankenhaus und für Privatärzte.

Vermischtes.

Die Tragödie von Wiedenbrück.

Wiedenbrück, 3. Januar.

Das Familiendrama im Hause des früheren Regierungswegebaumeisters und jetzigen Rentiers Schauerte bildet hier und in ganz Westfalen noch immer das Tagesgespräch, da die Familie sehr bekannt war und sich in der ganzen Gegend des besten Rufes erfreute. Die von ihrem Sohn Joseph ermordete Frau Schauerte war eine bekannte Klavierlehrerin, die vielen Zuspruch hatte. Der Mörder ist noch immer nicht verhaftet. Man hat aber inzwischen festgestellt, daß er kurz nach dem Mord, der gegen 3 Uhr morgens verübt wurde, nach dem einige Wegstunden entfernten Gütersloh gelaufen ist und dort wahrscheinlich einen Schmelljug bestiegen hat. Auf dem Wege nach dem Bahnhof hat er um ½6 Uhr morgens zwei Marktfrauen getroffen, die natürlich noch nichts von dem Vorfall wußten. Offenbar hat der Mörder geglaubt, daß er verfolgt werde, denn er hat auf die beiden Frauen zwei Schüsse abgegeben, die jedoch ihr Ziel verfehlten. Joseph Schauerte wird als überaus intelligenter, daneben aber höchst leichtsinniger Mensch geschildert. Durch sein ausschweifendes Leben hat er sich seine Nerven vollständig ruiniert, so daß er in der Schweiz Erholung suchen mußte. In der letzten Zeit fühlte er sich wieder kräftiger und kehrte deshalb am Silvestertage in die elterliche Wohnung zurück, um sich neue Geldmittel zu verschaffen. Nachdem er mit seinem Vater eine mehrstündige Unterredung gehabt hatte, die aber erfolglos war, wandte sich der junge Schauerte an seine Mutter. Frau Schauerte lebte mit ihrem Mann in Gütertrennung und verfügte über beträchtliche eigene Kapitalien. Sie wird als eine überaus gutmütige Frau geschildert, die ihrem Sohn hinter dem Rücken ihres Mannes schon oft größere Summen zur Verfügung gestellt hatte. In der Silvesternacht lehnte sie aber alle Forderungen ihres Sohnes energisch ab. Dies mag den jungen Menschen in sinnlose Wut versetzt haben. Als die Mutter das Wohnzimmer, in dem die Unterredung stattfand, verlassen wollte, stürzte er sich von hinten über sie her und stach ihr sein dolchartiges, scharfgeschliffenes Messer tief in den Nacken hinein. Die Frau sank tödlich getroffen sofort zu Boden. Dann riß er das Schlafzimmer seiner kleinen, sieben Jahre alten Schwester auf und durchschnitt dem schlafenden Kind den Hals. Das Mädchen hatte noch Kraft genug, sich in die Küche zu schleppen, dann brach es tot zusammen. Inzwischen war der Bruder des Mörders, der Oberprimaner Schauerte, von dem Lärm erwacht. Der Vorsicht halber hatte er einen Stuhl gegen die Tür seines Schlafzimmers gestellt. Ehe er wußte, was vorgefallen war, stürzte Joseph Schauerte in das Zimmer herein und gab auf seinen Bruder mehrere Revolverschüsse ab. Der Primaner sprang in seiner Bestürzung zum Fenster hinaus, wobei er durch einen Streifschuß verletzt wurde. Der Vater, der, wie schon mitgeteilt, am Morgen nach der Tat verhaftet wurde, befindet sich noch immer in Haft, und zwar, wie polizeilich mitgeteilt wird, unter dem Verdacht der Mittäterschaft. Nach Ansicht aller Leute, die den alten Schauerte kennen, erscheint es aber völlig ausgeschlossen, daß er irgend etwas von den Mordplänen seines Sohnes gewußt hat. Der Verdacht gründet sich, wie man sagt, auf die verworrenen Angaben, die er vor dem Untersuchungsrichter machte. Auch weigerte er sich anfangs entschieden, sich durch die Polizeimannschaften abführen zu lassen. Er gab an, daß sich im Hause eine Kassette mit 30000 Mark in barem Gelde befinde, die man doch nicht ohne Aufsicht lassen könne. Diese Kassette befindet sich in polizeilichem Gewahrsam. Man nimmt an, daß die Haftentlassung des alten Schauerte unmittelbar bevorsteht.

Die Angelegenheit dürfte noch weitere Kreise ziehen. Joseph Schauerte hat seinen Bekannten gegenüber wiederholt angegeben, daß er durch frühere Geschäftsinhaber, bei denen er in Stellung war, große Summen verloren habe. Er führte auch in Berlin ein sehr leichtsinniges Leben. Er unterhielt kostspielige Liebesverhältnisse, und nicht selten kam es vor, daß er bei Sektgelagen mehrere hundert Mark in einer Nacht vertrank.

Filmaufnahme im Krater des Vesuv.

Aus London wird berichtet:

Ein kühner Abstieg in den brodelnden Krater des Vesuvs ist von Mr. Frederick Burlingham, der soeben nach London zurückgekehrt ist, für die British and Colonial-Kino-Company unternommen worden. Es handelte sich darum, eine Filmaufnahme vom Innern des Kraters zu machen. Er stieg ungefähr 400 Meter in den Krater hinab, und gibt von dem Abstieg folgende Schilderung: „Professor Malladra vom Vesuv-Observatorium erklärte mir, daß der Vulkan sehr tätig und mein Unternehmen daher zu gefährlich sei. Schließlich sicherte ich mir die Dienste eines Italieners namens Sannino. In aller Ruhe arbeiteten wir unsere Pläne aus, um unbemerkt vom Observatorium in den Krater zu gelangen. Vier Tage lang studierten wir den Vulkan und fanden schließlich den einzig möglichen Eingang in den Krater."

Am 21. Dezember wurde der Abstieg unternommen. Ein Mann blieb auf dem Gipfel und kontrollierte die Taue, die nur als Handleinen benutzt wurden. Mr. Burlingham, Sannino und ein Dritter waren im Innern des Kraters, aber nicht durch Taue miteinander verbunden. Eine große Schwierigkeit war es, die kinematographischen Apparate, die ungefähr 65 Pfund wogen, zu handhaben. In 70 Meter Tiefe wurden die drei durch starken Schwefeldampf behindert. Die Verzögerung dauerte 20 Minuten; in 170 Meter Tiefe gerieten sie zwischen zwei Rauchsäulen. Hier lag die größte Gefahr in der Schlüpfrigkeit des Bodens, auch wurde die Hitze unerträglich. In 350 Meter Tiefe stiehen sie auf die neue Spitze des Kegels, die bei dem plötzlichen Einfalle des Kegels im Juli sich gebildet hatte. „Wir konnten das Kochen der Lava hören", fährt Mr. Burlingham fort. „Frische Lava fanden wir auf der einen Seite des neuen Kegels, und später erklärte mir Professor Malladra, daß dies ein äußerst gefährliches Zeichen sei und auf kürzliche Explosionen hindeute. Die Hitze war an dieser Stelle kaum auszuhalten."

Der aufgenommene Film ist 700 Meter lang, und die Aufnahme dauerte 20 Minuten. Direktes Sonnenlicht drang nicht in den Krater hinein. Der neue Kegel hat einen Durchmesser von ungefähr 165 Meter. Sobald die Aufnahme beendet war, wurde der Rückweg angetreten. Im ganzen nahm die Expedition vier Stunden in Anspruch. Eine der Hauptgefahren bildeten die losen Steine. Mr. Burlingham erklärte, daß er im Krater von seiner Bronchitis kuriert worden sei.

Das Ende einer Pariser Entführungsgeschichte. Der Pariser Verleger Fischbacher erhielt die Bestätigung, daß sein kürzlich aus einer Schule bei Paris entführter Enkelsohn in guter Hut aus Norwegen wieder in Paris eintreffen werde. Der Maler Earle, der Vater des Knaben, der sich mit der Familie Fischbacher überworfen hatte, wurde wegen Entführung in Norwegen verhaftet, ebenso dessen Geliebte.

Das Testament des erschossenen Artisten Fragson. Sonnabend fand in Paris die Beerdigung Harry Fragsons, des auf so traurige Weise ums Leben gekommenen Varietékünstlers, statt. Die Testamentseröffnung ergab, daß der Künstler etwa 1 600 000 Frank hinterlassen hat. Dazu kommt eine Lebensversicherung über 400 000 Frank, die der Bedauernswerte zugunsten seines Vaters abgeschlossen hatte. Der Vater dürfte jedoch von der Erbschaft ausgeschlossen werden und die Summe an den französischen Staat fallen.

Blutrache in Südrußland. Auf der Station Petrowsk der Wladikawkasbahn wurde der vierfache Millionär und Schiffsreeder Tagi Usseinow aus Baku beim Verlassen des Eisenbahnwagens aus Blutrache ermordet, weil sein Sohn, der inzwischen der Malaria erlegen ist, während eines Gelages einen Grusinier niederstach. Der Bruder des Ermordeten vollführte den Akt der Blutrache.

Gift in Sarglaschen. In Amerika haben sich in der jüngsten Zeit die Fälle in erschreckendem Maße gehäuft, in denen durch eine Flaschenverwechselung eine Vergiftung herbeigeführt wurde. Der Gesundheitsrat in Washington hat sich nun angelegentlich damit beschäftigt, wie derartigen verhängnisvollen Verwechselungen vorgebeugt werden kann. Die mannigfaltigsten Vorschläge sind gemacht worden, unter denen die Anregung, Gift fortan nur in Flaschen von der Form eines Sarges zum Verkauf zu bringen, allgemein gutgeheißen worden ist. Das auffällige Äußere dieser Flaschen, so erwägt man ganz richtig, wird schwerlich zu Verwechselungen mit anderen führen können. Ueberdies beabsichtigt man in die Flaschen selbst das bisher auf den Etiketten bräuchliche Signum des Totenkopfes und gekreuzten Beinen einzubrennen. Weiterhin wird auf jeder Flasche das Wort „Gift!" in erhabenen Lettern zu lesen sein.

Oeffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle **Ilmenau**, Sonnabend, 3. Januar, 8 Uhr morgens.

Luftdruckverteilung und Wetterlage in Europa.

Das Tief im Nordosten hat sich nach Südwesten ausgebreitet und teilweise Tauwetter gebracht. Bis morgen ist wieder Steigen des Luftdruckes und Sinken der Temperatur zu erwarten. Ein im hohen Norden erschienenes Tiefdruckgebiet dürfte zunächst noch ohne Einfluß bleiben.

Witterungsaussicht für den 4. Januar:

Zeitweise aufheiternd, geringer Schneefall, wenig kälter.

Wetterwarte zu Hamburg.

Auf Grund der Depeschen des Reichs-Wetter-Dienstes,

4. Januar: Meist bedeckt, um Null, teils frostig.
5. Januar: Trübe, feuchtkalt, Nieder schläge, windig.
6. Januar: Nebel, trübe, nahe Null, Niederschläge.

Reiseverkehr.

An die Riviera! Es ist wieder das Schlagwort der Saison, das in der Luft liegt. An die sonnenglänzende Riviera! Wer möchte nicht, wenn bei uns die rauhen, winterlichen Tage herrschen, gerne dort am sonnigen Küstenstrande weilen, unter Palmen sommerliche Tage verleben? Wie bequem dieser Traum sich verwirklichen läßt, beweist das neuerschienene Reiseprogramm von Karl Riesels Reisebureau, das auf Verlangen kostenfrei zugesandt wird. Das genannte Reisebureau veranstaltet im Februar eine herrliche Gesellschaftsfahrt zum Karneval in Nizza, auf der die Reisenden die schönsten Punkte Oberitaliens sehen und die pompösen Festlichkeiten mitmachen werden. Wer eine Reihe herrlicher Tage verleben und voll genießen will, verlange vom Reisebureau das Programm.

Letzte Depeschen.

Die Schüsse in Zabern.

Straßburg, 3. Januar.

Das Generalkommando des 15. Armeekorps teilt mit: Die Meldung, daß auf den Wachtposten des Infanterie-Regiments Nr. 105 im Schloßgarten von Zabern am 26. Dezember zwei scharfe Schüsse abgegeben wurden, hat zur militärgerichtlichen Feststellung folgenden Tatbestandes geführt: Die Aussagen des Postens und zweier Zivilpersonen haben zweifelsfrei ergeben, daß zwei scharfe Schüsse aus nicht großer Entfernung vom Posten gefallen sind. Beide Geschosse sind über den Bereich des Postens weggeflogen. Das eine und erste so nahe, daß der Posten überzeugt war, es werde auf ihn geschossen. Die Annahme verschiedener Blätter, es handle sich um einen Unfug unter Verwendung einer Schreckpistole, sind nach den angestellten Versuchen und Zeugenaussagen vollständig haltlos.

*

Straßburg, 3. Januar.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß seitens des Gerichts der 30. Division über Form und Inhalt der bevorstehenden Anklage gegen Oberst v. Reuter bisher vollkommenstes Stillschweigen gewahrt worden ist. Demnach können die in verschiedenen Blättern veröffentlichten Einzelheiten aus den Prozeßakten keinen Anspruch auf Authentizität erheben.

Geheimrat Karl Reiß †

Mannheim, 3. Januar.

Heute nachmittag ist Geh. Rat Dr. h. c. Karl Reiß, Mitglied der Ersten Badischen Kammer und Ehrenbürger der Stadt Mannheim im nahezu vollendeten 71. Lebensjahre gestorben. Reiß hat schon bei Lebzeiten die Stadt Mannheim zum Erben seines Millionenvermögens eingesetzt.

Enver Bey Kriegsminister.

Konstantinopel, 3. Januar.

Oberst Enver Bey ist zum Kriegsminister ernannt worden. Oberst Schimal Bey, der mit der Führung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten betraut ist, wurde zum Brigadegeneral befördert.

Ein neues serbisches Ministerium.

Belgrad, 3. Januar.

Der König hat Paschitsch mit der Bildung des neuen Kabinetts betraut, in welches alle früheren Minister mit Ausnahme des Kriegsministers eintreten.

Das Eisenbahnunglück bei Woippy. Aus Metz wird uns telegraphiert: Der siebente Getötete ist, wie jetzt einwandfrei festgestellt ist, der Musketier Wüllner von der 10. Kompagnie des Inf.-Regts. Nr. 67. Abgesehen von den Verunglückten des Inf.-Regts. Nr. 173, die fast alle aus Barmen oder Umgebung stammen, sind die sonstigen Verunglückten durchweg in Westfalen beheimatet. Eine große Anzahl der Urlauber hatte den Zug bereits in ihrer Garnison Diedenhofen verlassen. Außer den in den Lazaretten untergebrachten Verletzten sind noch eine große Anzahl Soldaten leichter verletzt worden, durch Glassplitter rc., ohne daß jedoch ihre Unterbringung in das Garnisonlazarett notwendig war. Die Angehörigen der Verunglückten wurden sofort nach der Feststellung der Personalien telegraphisch in Kenntnis gesetzt.

Meuterei im Gefängnis. In Turah, einem Gefängnis bei Kairo, brach Sonnabend früh 7 Uhr eine Meuterei aus. Eine Anzahl Gefangener war außerhalb des Gefängnisses aufgestellt worden, und die Wächter schickten sich eben an, die Gefangenen zu durchsuchen, als einer derselben auf einen Wächter einschlug. Das war das Zeichen zum Angriff. Die Gefangenen schlugen einige der Wächter, die von ihren Genossen abgeschnitten waren, nieder, während einige Wächter, die die Gefängnismauer erstiegen hatten, blinde Schüsse abgaben. Als dies nichts half, schossen sie scharf und töteten vier Gefangene. 50 Gefangene wurden verwundet. Darauf war die Ordnung wieder hergestellt.

Zwei Arbeiter durch niedergehende Kohlenstöße getötet. Auf der Grube Ilse bei Senftenberg fanden zwei Arbeiter im Grubenbetriebe der Grube Magda durch Verschütten infolge Niedergehens eines Kohlenstoßes den Tod. Außerdem fuhr ein Abraumwagen in dem Abraumbetrieb eine Böschung hinunter und stieß gegen eine elektrische Maschine, wodurch der Maschinenführer schwer verletzt wurde.

Ein neuer sächsischer Gesandter an den süddeutschen Höfen. Der sächsische Gesandte an den süddeutschen Höfen, Wirkl. Geh. Rat Freiherr v. Friesen, tritt am 1. April in den Ruhestand. Zu seinem Nachfolger ist der gegenwärtige Gesandte an den thüringischen Höfen, v. Stieglitz, bestimmt.

Wegen verschmähter Liebe schoß der Schneider Borrmann aus Neukölln in einem Hutgeschäft in der Kotbuserstraße zu Berlin auf die Verkäuferin Zippenfeld und jagte sich dann selbst eine Kugel in die Schläfe. Beide sind schwer verletzt.

Verantwortlich für den politischen Teil: Siegfried Dyck; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland u. letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Albert Barth; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten —
einschließlich Unterhaltungsblatt

Katzensprungpflaster **Rheumatismus** und **Gicht** hilft gegen
In allen Apotheken vorrätig. Preis 35 ₰

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140104014/fragment/page=0003

Paul Schauseil & Co
kommanditiert v. d. Anhalt-Dessauischen Landesbank.
Halle a/S., Bitterfeld, Delitzschu. Eilenburg.

An- und Verkauf von Wertpapieren, ausländischen Banknoten und Geldsorten.

Check-Conto-Corrent-Wechsel- Verkehr.
Domizilstelle für Wechsel.
Einlösung von Coupons etc.

Annahme und Verzinsung von Spar-Einlagen (Depositen).
Verlosungs-Kontrolle.
Privat-Tresore (einzeln vermietbar).

Höhere Lehranstalt für Musik.
Ausbildung für Beruf u. Haus. (Auch für Anfänger.)
Halle a. Saale, Lindenstrasse 62.
Neuanmeldungen: vorm. 10½—11, nachm. 2½—3 Uhr.
Kurt Rumpf, ehem. langjähriger Schüler von Professor Otto Reubke u. des Fürstl. Konservatoriums der Musik zu Sondershausen.

Stadt-Theater.

Die 8. Vorstellung des Rabatt-Spar-Vereins E. V.
findet
Dienstag, den 6. Januar, nachmittags 4½ Uhr
statt.

Volksversicherung.
Oeffentlicher Vortrag
mit Diskussion
am **Dienstag, den 6. Januar,** abends 8 Uhr, im Mozartsaal, Weidenplan 20. Eintritt frei.
Referent Frl. Pilling-Berlin. Anmeldungen werden angenommen.

Volkstümlicher Musikabend,
Beethovenabend
Natterer-Trio, Frl. Elze
Mozartsaal, Weidenplan 20, am **7. Januar,** abds. 8 Uhr.
Kartenvorverkauf zu 75 Pf. in den Hofmusikalienhandlungen **E. Rothan** und **R. Koch.**

Würzburger
Ausstoss von ff. **Würzburger-Doppelbock.**
Nächsten Donnerstag **Schlachtefest**
Hochachtungsvoll
Ludwig Riese.

Burghotel mit Dependance
Schierke im Oberharz,
Wintersportdotel I. Ranges in bevorzugtester Lage, unmittelbar neben den Sportbahnen.
Altrenommierte tadellose Verpflegung bei soliden Preisen.
Sämtliche Sportgeräte leihweise.
Prospekte **A. Dreier.** Besitzer u. i. Verkehrsbureau der Saale-Ztg.

Waldmühle bei Braunlage • Oberharz •
Idyllische Lage, von Hochwald und Wiesen umgeben. Beste Gelegenheit zum Skilaufen. — Elektr. Licht. — Zentralheizung. — Auf Wunsch Schlitten an der Bahn. — Gute Verpflegung. **Preis 5 Mk.**

Vergnügungsreise
durch Oberitalien, an die sonnige Riviera
zum **Carneval in Nizza**
unter Führung von bewährtem Reisefachmann.
Abreise: 11 und 16. Februar. Preis 1Mk. 250.—,
erstklassige Verpflegung, alles inbegriffen.
Programme kostenfrei von **Karl Riesel's Reisebureau, Berlin NW. 7.** Unter den Linden 53.

PERZINA Mignon, 150 cm lang, nur 1300 Mk., der beste kleine Flügel.
Pianos, schon von **750 Mk.** an, anerkannt bestes Fabrikat.

Generalmusikdirektor Mikorey schreibt: Die Perzinaflügel vereinigen die Vorzüge der Blüthner und Bechsteinflügel in sich. Es sind ganz hervorragende, in Ton und Technik erstklassige Fabrikate. Die Perzina-Mignonflügel sind Wunderwerke, sie haben eine grosse Zukunft.

Alleinvertretung: Herm. Lüders, Mittelstr. 9-10,
Aelteste Pianohandlung am Platze.
Vertr. v. Schiedmayer & Söhne, Förster-Leipzig, Weissbrod, Kuhse, Thürmer.

Verleih - Institut eleganter Gehrock-, Frack-, Smoking-Anzüge — Zylinder.
Leger fertiger, nur eleganter **Frack-Anzüge** von Mk. **65** an.
Hermann Leirich, Mittelstrasse 19. Fernruf 3501.
Massanfertigung mod. Herrenbekleidg.

Schreibarbeiten jeder Art,
wissenschaftl. u. geschäftl., **Hand u. Maschine,** Vervielfältigungen, Rundschrift, Stenographie u. a. liefert
Hallische Schreibstube.
Gemeinnütz. Unternehmen. Beschäftigung Stellenloser. Hilfskräfte für Schreib-, Kontor-, Bureauarbeit auf Stunden und Tage, auch ins Haus und nach auswärts.
Karlstraße 16. Fernsprecher 8032.

Ferruccio Busoni
der Klaviergroßmeister, urteilt über
Ritter
Flügel Pianos

Nachdem mir die Pianos der Firma Ritter, Halle, seit Jahren als **ausgezeichnetes Fabrikat** bekannt sind, freut es mich, mein Urteil über deren **Flügel** dahin abgeben zu können, daß dieselben eine sehr **elastische Spielart** mit **großer Klangschönheit** und **Brillanz** des Tones vereinigen und in **jeder Hinsicht empfehlenswert** sind.

Hallesche Röhrenwerke Akt.-Ges.
Halle a. S., Fernsprecher 903.
Abteilung C
Centralheizungen
aller Systeme.
Besonders empfehlenswert:
Etagenheizungen
vom Küchenherd aus.
Eigene Rohrhütte.

Gr. Steinstr. 74, I. Lieber Café Bauer.
Mein
Inventur-Ausverkauf
beginnt
Montag, 5. Januar.
Die Preise sind auf alle Waren
enorm ermässigt.
Franz Reich
Hoflieferant
Halle a. d. S.
— Modehaus feiner Damenkleidung. —

Seminar-Kindergarten,
Harz 13. Anmeldungen täglich.

Wir drei
verkünden laut im Chore:
Heizt Alle nur noch mit Hallore

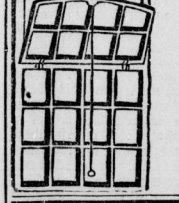
Ihre Zukunft.
Wünschen Sie Aufklärung über **Vergangenheit, Gegenwart** und **Zukunft?** So schreiben Sie noch heute an den einzigsten Spezialisten der Welt unter Angabe Ihres Geburtsdatums und -Jahres. (Erstaunliche Beweise.) Tausende von Dankschreiben aus fast der ganzen Welt. (Auskunft gratis.) **Psychologe, Hamburg 36. Postschliessfach 80.**

Wie erlange ich den Tit.
Dr.??
Näh. v. „Scientia", München N.W. 14

Teufels Spezialitäten:
Leibbinden, Suspensorien, Monatsbinden, Geradehalter, Diakonbänder für Krampfadern
F. Hellwig, Barfüsserstr. 10.
Fernruf 2620. Gegr. 1831.

Cinchona-Pastillen
bewährt gegen **Kopfschmerz,** Migräne und **nervöse Zustände.** 1 Sch. 1 Mk. **Depot u. Versand Löwen-Apotheke Halle a. S., am Markt.**

Heirat wird schnell, sicher, diskret nachgewiesen durch **W. Kittel,** Halberstädterstraße 5, part. r.



Fürstlich Stolbergisches Hüttenamt
Ilsenburg
fertigt als Spezialität
Gußeiserne Fenster
in allen Größen und Formen ohne Modellkostenberechnung bei billigsten Preisen. Größte Haltbarkeit gegenüber hölzernen und schmiedeeisernen Fenstern garantiert. Bei Anfragen und Bestellungen Angabe der lichten Fensteröffnungen erforderlich. — **An Architekten, Baumeister, Eisen- oder Baumaterialien-Handlungen Musterbuch und Preislisten gratis.**

Schreibers Abfuhr-Institut
Schmiedstr. 20. Tel. 1076.
empfiehlt sich zur Entleerung von
Kloaken- und Aschengruben.

Hellgrau, langsam bindend und durchaus volumbeständig.
Wohlfeiles Ersatzmaterial für Portland-Zement
diesem an Qualität ziemlich gleichkommend. Insbesond. gut zum Fassadenputz, ferner auch zum Eins. u. Umbeden v. Dächern. Feinste Mahlung, absolute Reinheit und grösste Erhärtungsfähigkeit bei hohem Sandzusatze.
Feinste Ref. Billigste Tagespreise. Vertreter f. Halle u. Umg. Lager: Friedr. Jesau vorm. Wilh. Reupsch Fernruf 13.

Stadt-Theater in Halle.
Dir.: Geh. Hofrat M. Richards. Fernruf 1181.

Sonntag, den 4. Januar 1914:
Nachmittags 3½ Uhr:
Weihnachts-Kindervorstellung zu kleinen Preisen.
Zum 10. Male:
Sneewittchen
und die sieben Zwerge.
Weihnachts-Ausstattungskomödie mit Gesang und Tanz in 5 Akten nach dem bekannten Märchen bearbeitet von C. A. Görner.
Spielleitung: Karl Stahlberg.
Musikal. Leitung: Arno Höhn.
Inspizient: Oskar Tegeder.
1. Akt: Der Zauberspiegel.
2. Akt: Bei den Zwergen.
3. Akt: Die Bäuerin und die Johannisnacht im Walde.
4. Akt: Die Obsthändlerin.
5. Akt: Sneewittchens Erlösung, ihre Brautfahrt.
Apotheose.
Besetzungsänderung vorbehalten.
Nach dem 3. Akt längere Pause.
Kassenöffnung 3 Uhr.
Anf. 3½ Uhr. Ende geg. 5¾ Uhr

Abends 7½ Uhr:
116. Vorstell. im Abonnement. 4. Viertel.
Neu einstudiert:
Ein Maskenball
(Un ballo in maschera.)
Große Oper in 5 Akten von Giuseppe Verdi. Spielleitung: Oberregisseur Theo Raven. Musikalische Leitung: Hermann Hans Wetzler. Inspizient: Karl Jordan.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anf. 7½ Uhr. Ende 10½ Uhr.

Montag, den 5. Januar 1914:
117. Vorstell. im Abonnement. 1. Viertel.
Zum letzten Male:
Lohengrin.
Romantische Oper in 3 Akten von Richard Wagner. Spielleitung: Oberregisseur Theo Raven. Musikalische Leitung: Hermann Hans Wetzler. Inspizient: Karl Jordan.
Kassenöffnung 7 Uhr.
Anf. 7½ Uhr. Ende nach 11 Uhr.

Dienstag, den 6. Januar 1914:
Nachmittags 4½ Uhr:
8. Extra-Vorstellung
für den Rabatt-Sparverein.
Das Rabatt-Sparbuch.
Szenischer Gelegenheitsprolog von Max Walter.
Hierauf:
Die Puppenfee.
Pantomimisches Ballett-Divertissement in 1 Akt von J. Haßreiter und F. Gaul. Musik von Joseph Bayer.
Abends 7½ Uhr:
118. Vorstell. im Abonnement. 2. Viertel.
Novität! Novität!
Zum 4. Male:
Wie einst im Mai.
Vaudeville-Operette in 4 Akten von Rudolf Bernauer u. Rudolph Schanzer. Musik von Walter Kollo und Willy Bredschneider. (Verfasser von „Filmzauber".)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19140104014/fragment/page=0004